

Mitten in der Urlaubszeit muss der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat nachsitzen: Bis Anfang September muss er einen Kompromiss bei der Förderung der Ganztagesbetreuung finden. Wie so oft geht es ums liebe Geld: Die Länder beklagen, dass ihnen der Bund zwar einen Rechtsanspruch auf Förderung von Grundschulern aufs Auge drücken, sich aber weder an den Investitionen noch an den laufenden Kosten in ausreichendem Maß beteiligen will.

Es sei immer das Gleiche, stöhnte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), als der Bundesrat das Vermittlungsgremium anrief. Damit sprach er seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Herzen: Der Bund locke die Länder mit Geld für Investitionen, beteilige sich dann aber nur unzureichend an den laufenden Betriebs- und Personalkosten.

Kretschmann ist nicht der Einzige, der deswegen eine neue Föderalismusreform nach der Bundestagswahl im September fordert. Druck kommt aber auch von anderer Seite: Immer wenn etwas organisatorisch nicht klappt, muss sich der Bund fragen lassen, warum er nicht mehr eingreift. Das ist bei der Corona-Pandemie genauso wie jetzt bei der Überschwemmungskatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Dabei hat der Bund häufig nicht die Kompetenzen, und er will sie auch gar nicht. Bestes Beispiel ist der Katastrophenschutz: Entscheidungen müssten weiter vor Ort getroffen werden, lehnte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) mehr Macht ab.

Da gibt ihm das Grundgesetz Recht. Dort ist der Föderalismus als Staatsprinzip festgeschrieben: Die Länder sind für Gesetzgebung und Verwaltung zuständig, soweit das Grundgesetz „keine andere Regelung trifft oder zulässt“, steht in Artikel 30. Der Alltag sieht anders aus, und das durchaus mit Zustimmung der Bürger. 51 Prozent sprachen sich gerade in einer Umfrage für den Beamtenbund dafür aus, die Gewaltenteilung zu Gunsten des Bundes zu ändern. Das gilt nicht nur für die Steuer- und Finanzpolitik sowie den Strafvollzug, sondern auch für Schulen und Hochschulen. Die Unterschiede bei Lehrplänen und Abschlüssen bringen Eltern regelmäßig zur Verzweiflung.

Schon zweimal versuchten sich Bund und Länder an einer großen Föderalismusreform. Bei der ersten 2006 war das Spürbarste für die Bürger, dass die Länder jetzt für den Ladenschluss zuständig sind. Das gilt auch etwa für das Beamtenrecht, wo sich seither ein Fleckenteppich entwickelt hat. Zudem wurde festgelegt, dass der Bund den Gemeinden keine Aufgaben und damit Kosten aufbürden darf. Das wurde längst durch-



Beim Geld vom Bund sind sich die Länderchefs schnell einig: Tobias Hans (CDU), Malu Dreyer (SPD), Winfried Kretschmann (Grüne), Michael Müller (SPD), Armin Laschet (CDU), Reiner Hasleoff (CDU), Volker Bouffier (CDU) und Markus Söder (CSU) (von links). Foto: P. Kneffel/dpa

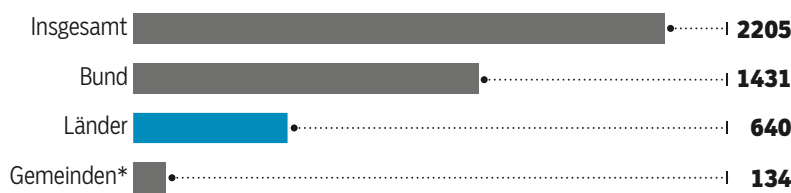


Ein verzwicktes Verhältnis

Deutschland Der Bund braucht mehr Kompetenzen, wird nicht erst seit der Flutkatastrophe gefordert. Doch eine dritte Föderalismusreform ist schwierig, weil es um viel Geld geht. *Von Dieter Keller*

Der Bund hat die meisten Schulden

Schulden des Staates (Bund, Länder und Gemeinden) in Deutschland am 31. März 2021 (in Milliarden Euro)



*Gemeinden/Gemeindeverbände Angaben gerundet

GRAFIK PETERS / QUELLE: STATISTA

löchert, weil sie zu gern sein Geld nehmen. Um das ging es zentral 2009 bei der Föderalismusreform II, die hauptsächlich die Schuldenbremse im Grundgesetz brachte.

„Gelebter Föderalismus bedeutet heute zu oft Kompetenzwirrwarr, diffuse Verantwortlichkeiten, einen Wust an miteinander verschränkten Verhandlungsarenen und eine intransparente föderale Finanzverflechtung, die zudem falsche Anreize setzt. Kurz: Alle sind für alles zuständig, und niemand ist für irgendetwas verantwortlich.“ So beschrieb schon vor zwei Jahren der erfahrenste Bundestagsabgeordnete das Problem: Wolfgang Schäuble (CDU) klingt so, als habe er viele Diskussionen vorgelesen.

Das gilt auch für Ralph Brinkhaus: Der Chef der Unionsfraktion im Bundestag beklagte bereits im Mai in einem Gastbeitrag im Berliner „Tagesspiegel“, „dass wir mit unseren Institutionen und politischen Verfahren nicht nur aufgrund der Krise an unsere Grenzen stoßen“. Seine Forderung lautet: mehr Tempo auf allen Ebenen des Staates – und jede föderale Ebene muss ihren Finanzbedarf selbst decken. „Der mittlerweile völlig intransparente Verschiebeparkhof im Finanzverhältnis zwischen Bund, Ländern und Kommunen wäre damit Vergangenheit.“

Über den klagen zwar die Länder oft, aber sie melken auch gerne den Bund. So kam die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs 2019 nur zustande, weil die Länder in großer Einigkeit beim Bund rund zehn Milliarden

Euro Zuschuss im Jahr herauspressten. Ein Ergebnis ist, dass der Bund heute mit über 1400 Milliarden Euro mehr als doppelt so viele Schulden angesammelt hat wie die Länder, obwohl ihre jährlichen Ausgaben höher sind.

Die SPD zählt die föderale Struktur zu den Stärken der hiesigen Demokratie.

Eine neue Föderalismusreform kann zwar jeden berühren. Aber sie ist ein ebenso kompliziertes wie schwieriges Thema – kein Knaller für den Wahlkampf. Entsprechend vage bleiben die Programme der Parteien. Bei der AfD und den Grünen taucht das Stichwort erst gar nicht auf. Die Union will einen „neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schmieden“. Sie will Mischfinanzierungen vermeiden und dafür Ländern und Gemeinden mehr vom Umsatzsteuer-Kuchen abgeben – wie viel, bleibt offen.

Die SPD nennt die föderale Struktur „eine unserer demokratischen Stärken“, lässt aber offen, was sie tun will. Die FDP bekennt sich – ebenso wie die Union – zum Bildungsföderalismus, fordert aber eine Reform und eine Änderung des Grundgesetzes, damit Bund und Länder gemeinsam seine Qualität und Leistungsfähigkeit sicherstellen können. Die Linke möchte das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern beenden.

Interview

„Eine relativ gute Balance“

Der Bund sollte nicht mehr Kompetenzen bekommen, sagt die Föderalismusexpertin Professor Nathalie Behnke von der Technischen Universität Darmstadt.

Hat sich der Föderalismus in Deutschland bewährt?

Nathalie Behnke: Während der Bekämpfung der Pandemie gab es häufig Kritik. Der Vergleich mit Studien von Kollegen im Ausland zeigt aber, dass Deutschland recht gut durchgekommen ist, auch was die Geschwindigkeit der Entscheidungsprozesse angeht. Man hat eine relativ gute Balance gefunden zwischen einer effektiven Pandemiebekämpfung, auch wenn man vieles hätte besser machen können, und einem angemessenen Schutz der Grundrechte. Diese Diskussion wurde in Deutschland deutlich besser geführt als in den meisten europäischen Nachbarländern.

Trotzdem gibt es immer wieder Forderungen nach einer Föderalismusreform. Für wie dringend halten Sie die?

Der Föderalismus ist ein komplexes Geflecht von Verfassungsregeln, Gesetzen und kulturellen Gepflogenheiten. Wenn man Reformen fordert, muss klar sein, worauf sich das bezieht. Häufig diskutiert wird die Kompetenzverteilung – der Bund sollte mehr tun dürfen. Aber die Gesetzgebungskompetenz hat er schon weitgehend. Die Länder sind für ihren Vollzug zuständig. Das funktioniert. Wenn der Bund wie in Frankreich versuchen sollte, sich von Berlin aus in die Detailsteuerung einzumischen, brächte das keine Verbesserungen.

Sind nicht Entscheidungsprozesse oft zu lang und zu umständlich?

Im Großen und Ganzen geht diese Diskussion an der Realität vorbei. Meistens wird schnell genug entschieden. Demokratietheoretisch sehe ich keinen Wert an sich darin, schnell Entscheidungen zu treffen. Sie müssen gut abgewogen und richtig sein. Da ist es gut, wenn die Länder mit ihrem Wissen und ihrer unterschiedlichen Sicht der Probleme beteiligt sind.



Föderalismusexpertin Nathalie Behnke. Foto: TU Darmstadt

Häufig geht es ums Geld. Die Länder beschweren sich, ihnen werde zu viel aufgebürdet – zu Recht?

Das ist jedenfalls aus Sicht der Länder keine kluge Aussage. Denn in Konsequenz würde das bedeuten, dass sie Kompetenzen abgeben müssten. Damit schaffen sich die Länder letztlich selbst ab. Die Verteilung der Aufgaben und auch der Finanzlasten ist gut abgewogen. Jeder hätte gerne mehr Geld. Aber die meisten Länder und Kommunen sind in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Bei großen Problemen wie der Flüchtlingskrise und jetzt der Flut stellt der Bund schnell Geld bereit. *Dieter Keller*

ZAHLE DES TAGES

38

Prozent der Befragten haben dem Meinungsforschungsinstitut YouGov gegenüber angegeben, dass sie zur Bundestagswahl am 26. September nicht ins Wahllokal gehen, sondern ihre Stimme per Brief abgeben wollen. Etwa 22 Prozent der Wähler sind noch unschlüssig. Bei der Bundestagswahl 2017 hatten 28,6 Prozent der Wähler per Brief abgestimmt. *dpa*

Afghanistan Nato-Training im Ausland startet

Ankara. Die Nato hat kurz nach der Beendigung ihres Ausbildungseinsatzes in Afghanistan das erste Trainingsprogramm für Soldaten aus dem Land im Ausland gestartet. Angehörige der afghanischen Spezialkräfte wurden für einen Lehrgang in die Türkei geflogen. Grundlage der fortgesetzten Nato-Unterstützung ist die im Juni gemachte Zusage der Bündnispartner an Afghanistan, dem Land auch noch nach der Beendigung des Militäreinsatzes zu helfen. *dpa*



Zeichen der Unterstützung

US-Präsident Joe Biden hat als Zeichen der Unterstützung für die Oppositionsbewegung in Belarus deren Anführerin Svetlana Tichanowskaja im Weißen Haus (Bild) empfangen. *Foto: Handout/The White House/afp*

Anker-Zentren Hilfsverbände für Abschaffung

Berlin. Hilfs- und Flüchtlingsorganisationen fordern die Abschaffung der Anker-Zentren und ähnlicher Einrichtungen. In einem gemeinsamen Aufruf bezeichnen Diakonie, Caritas, Paritätischer Gesamtverband, Arbeiterwohlfahrt, Pro Asyl und rund 60 weitere Organisationen das Konzept als gescheitert, teilte die Caritas mit. Die Zentren waren 2018 eingerichtet worden, um Asylverfahren zu beschleunigen. Eine Evaluation ergab aber, dass diese dort kaum schneller ablaufen. *epd*

Digitaler Ausweis Pilotprojekt mit „e-ID“ beginnt

Berlin. Deutschland und Spanien haben ein Pilotprojekt gestartet, um das Ausweissystem „e-ID“ künftig grenzüberschreitend verwenden zu können. Die Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär (CSU), und ihre spanische Amtskollegin, Carme Artigas, unterzeichneten eine Vereinbarung dazu. Deutsche Urlauber sollen so zukünftig mal im Ausland zum Beispiel einen Mietwagen spontan mieten und per App Personal- und Führerscheindaten teilen können. *dpa*